

## **Antrag A1**

**Antragssteller\*in:** Landesvorstand Die Linke Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

### **1 Bereit zu kämpfen: Die Linke in die Offensive**

2 Die Konkurrenz von Staaten und Konzernen um Macht und Profit führt von Krise zu Krise. Auf  
3 allen Kontinenten nehmen Kriege und Konflikte zu, das geht auch an Berlin nicht vorbei. Dabei  
4 geht es immer auch um Einflussphären, Transportrouten, Absatzmärkte oder Ressourcen, so gut  
5 wie nie um das Schicksal der Menschen, die unter der Gewalt und den Auswirkungen dieser Kriege  
6 und bewaffneten Konflikte leiden müssen. Weltweit sind mehr als 100 Millionen Menschen auf  
7 der Flucht – so viele wie noch nie. Die Ausbeutung von Mensch und Natur im Kapitalismus, pri-  
8 vatwirtschaftlich oder staatlich organisiert, verschärft die Klimakrise. Ähnlich wie ein globaler  
9 Atomkrieg gefährdet die Klimakatastrophe den Fortbestand weiter Teile der Menschheit. Es  
10 muss Schluss sein mit den Dauerkrisen. Wir Linke wollen das gute Leben für alle Menschen.

11 Als Sozialist\*innen verbindet uns die Überzeugung, dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort  
12 der Geschichte sein darf. Das ist unsere Hoffnung und unser Auftrag. Uns eint die Vision einer Welt  
13 ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Wir streben daher ein Wirtschaftssystem an, in dem  
14 der Reichtum, der von der Mehrheit erarbeitet wird, allen Menschen zugutekommt, nicht nur ei-  
15 ner winzigen Minderheit. Wir wollen ein Zusammenleben, in dem niemand aufgrund von Her-  
16 kunft, Nationalität oder Geschlecht diskriminiert, ausgegrenzt oder angefeindet wird. Freiheit und  
17 Gleichheit, Solidarität und Kooperation, starke öffentliche Daseinsvorsorge und Mitbestimmung  
18 über gesellschaftlich notwendige Produktion: Diese Vision einer anderen, besseren Welt nennen  
19 wir demokratischen Sozialismus.

20 Unser Zuhause, unser Berlin steht an einem Wendepunkt. Immer mehr Menschen arbeiten hart  
21 und kommen dennoch kaum über die Runden. Anstatt diese Menschen zu unterstützen, setzt der  
22 schwarz-rote Senat auf Kürzungen und Sparpolitik. Statt soziale Sicherheit durch einen soliden  
23 Haushalt und nachhaltige Investitionen zu gewährleisten, lädt der Senat die Krisenfolgen auf den  
24 Schwächsten ab. Kürzungen bei Hilfen zur Erziehung, in der Pflege, bei der Eingliederungshilfe für  
25 Menschen mit Behinderung, bei Kita und Hort sowie beim kostenfreien Mittagessen für Grund-  
26 schüler\*innen sind geplant.

27 Die Rechten nutzen Angst und Frust um Hass und Spaltung innerhalb der Bevölkerung zu schüren.  
28 Als Linke bekämpfen wir Rassismus und Menschenhass an der Wurzel – durch praktische Solida-  
29 rität. Wir gehen dorthin, wo Vertrauen in die Politik schwindet, Angst den Alltag bestimmt und  
30 soziale Sicherheit dringend gebraucht wird. Wo der schwarz-rote Senat seine Verantwortung ver-  
31 nachlässigt, sind wir für die Menschen da. Wir werden nicht zusehen, wie bei Jugendklubs, Schuld-  
32 nerberatung und Obdachlosenhilfe gekürzt wird, und die Folgen dieser Politik dann mit einer Auf-  
33 rüstung der Polizei und mehr Repression gegen die Schwächsten in der Gesellschaft beantwortet  
34 werden.

35 Während der CDU-SPD-Senat vor allem von oben nach unten regiert, Bürgerbeteiligung ignoriert  
36 und mit seiner Klientel-Politik Wohlstand für wenige sichert, schwindet das Vertrauen vieler in

37 die Demokratie. Den Investoren wird der rote Teppich ausgerollt, aber bei der Mehrheit in der  
38 Stadt wird gespart.

39 Dabei wird die Demokratiefrage immer wichtiger in Zeiten, in denen immer mehr Menschen zu  
40 Recht wütend auf die Verhältnisse sind und oft nicht mehr wissen, wo sie überhaupt noch mitbe-  
41 stimmen können. Eine linke Antwort auf die Krise muss immer die demokratischen Rechte der  
42 Menschen stärken. Wir Linke sind die Partei der Bürger\*innenrechte und fordern die radikale De-  
43 mokratisierung des Landes, statt die Ausweitung der Macht der Reichen. Wir sind nicht käuflich,  
44 nehmen keine Unternehmensspenden an und sind die Partei der vielen; eine sozialistische Mit-  
45 machpartei und Massenorganisation, die wachsen will und darüber Menschen und Wähler\*innen-  
46 stimmen erreicht.

47 Der Senat stellt private Profitinteressen vor das Gemeininteresse der Berliner\*innen an bezahl-  
48 barem Wohnraum und funktionierender Infrastruktur. Er verwertet und verkauft unsere Stadt.

49 Die Debatten über der Privatisierung oder Teilprivatisierung öffentlicher Infrastruktur oder Da-  
50 seinsvorsorge sind Gift für die Stadt. Die Linke hat das bereits vor Jahren eine Privatisierungs-  
51 bremsen vorgeschlagen. Die Situation hat sich seitdem dramatisch verschärft. Daher braucht es  
52 jetzt keine Bremsen mehr, sondern ein tatsächlichen Privatisierungsverbot in der Verfassung.

53 Gleiches gilt für öffentlichen Grund und Boden: Er ist die Zentrale Ressource für eine solidarische  
54 Entwicklung der Stadt. Gegen Privatisierungsdebatten wollen wir ein grundsätzliches Verkaufs-  
55 verbot mit einem Bodensicherungsgesetz fixieren. Die Berliner Geschichte, gerade die jüngere,  
56 zeigt wie kurzsichtig Privatisierungen sind. Dem einen gesetzlichen Riegel vorzuschieben, heißt  
57 auch daraus die Lehre zu ziehen. Wir brauchen viel mehr und nicht weniger öffentliches Eigentum  
58 bei Wohnungen, Grund und Boden oder sozialer Infrastruktur.

59 Wir als Linke kämpfen für und mit all jenen, die tagtäglich zur Arbeit gehen und trotzdem am Ende  
60 des Geldes noch sehr viel Monat übrig haben: Für den Kassierer, die Busfahrerin oder den Kran-  
61 kenpfleger, ohne die unsere Stadt keine Sekunde funktionieren würde, für die alleinerziehende  
62 Mutter, die nach einem harten Arbeitstag weder Zeit noch Kraft für politisches Engagement hat  
63 und für alle Menschen, die tagtäglich den Druck und den Frust spüren und zu selten ein Lob oder  
64 ein Danke hören – und noch seltener gerecht bezahlt werden. Sie alle und noch viele mehr sind  
65 das Rückgrat unserer Stadt. Eine Politik, die das ignoriert, setzt die Prioritäten falsch.

66

67 **Unser Markenkern ist der Kampf um die soziale Stadt!**

68 ***Bezahlbares Wohnen in der ganzen Stadt***

69 Mehr als 84 Prozent der Berliner\*innen wohnen zur Miete. Aber halb Berlin gehört ein paar tau-  
70 send Multimillionären. Wir sagen Immobilienkonzernen, die den Berliner Mieter\*innen mit im-  
71 mer höheren Mieten das Leben schwer machen, den Kampf an: Wir müssen endlich im großen Stil  
72 enteignen.

73 Dieser Senat macht systematisch Politik gegen die Interessen der Berliner Mieter\*innen. Anstatt  
74 sich um die dringlichsten Probleme wie ausufernde Eigenbedarfskündigungen, massenhaft über-  
75 teuerte möblierte Wohnungen auf Zeit oder Mietwucher und spekulativen Leerstand zu küm-  
76 mern, setzt der Senat seine alleinige Priorität darauf unter dem Schlachtruf „Bauen, Bauen, Bauen“  
77 jede letzte Freifläche platt zu machen und mit teuren Betonburgen zuzupflastern. Dieser Senat  
78 steht an der Seite der Profite, nicht der Menschen. Kein Wunder, ohne die Millionen-Spende des  
79 Immobilienmoguls Gröner wäre Kai Wegner ohnehin wohl nie ins Amt gekommen.

80 Gemeinsam mit den Berliner Mieter\*innen gehen wir für bezahlbares Wohnen in die Offensive.

81 Statt eines kommunalen Wohnungsbauprogramms, das den Namen wirklich verdient, kürzt der  
82 Senat die Mittel für den sozialen Wohnungsbau allein in 2024 um 350 Mio. EUR, um den Haushalt  
83 zu sanieren. Statt zumindest auf den letzten landeseigenen Flächen sozialen Wohnungsbau zu ent-  
84 wickeln, wird etwa am Molkenmarkt der historischen Gestaltung der Vorrang eingeräumt. Mehr  
85 als die Hälfte der Mieter\*innenhaushalte in Berlin haben Anspruch auf eine Sozialwohnung. Den  
86 eine Million berechtigten Haushalten stehen nur rund 100.000 Sozialwohnungen gegenüber, de-  
87 ren Anzahl jährlich noch weiter schrumpft, weil tausende Wohnungen aus der Sozialbindung fal-  
88 len. Ende 2030 wird nur noch die Hälfte dieser Wohnungen mit aktuell Mietpreis- und Belegungs-  
89 bindung übrig sein. Dieser sich dramatisch zuspitzenden Wohnraumkrise hat der Senat nichts  
90 entgegensetzen. Der schwarz-rote Senat duckt sich weg und nimmt noch nicht mal mehr am  
91 Krisengipfel der verzweifelten Mieter\*innen teil. Wir brauchen ein Rettungsprogramm für den  
92 sozialen Wohnungsbau und müssen weitere Wohnungsbestände durch Vergesellschaftung und  
93 Ankauf in öffentliche Hand holen.

94 Mit einem Sicher-Wohnen-Gesetz wollen wir dafür sorgen, dass alle größeren, gewerblichen Ver-  
95 mieter sich künftig verpflichtend an der Vermietung von bezahlbaren Wohnungen zu festgesetz-  
96 ten Mietpreisen beteiligen müssen. Berliner\*innen mit unteren und durchschnittlichen Einkom-  
97 men müssen endlich wieder eine bezahlbare Wohnung finden können.

98 Für uns ist klar, dass einzig die landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) und gemeinnützig  
99 orientierte Genossenschaften Garanten für leistbare Mieten sind. Das Prinzip Hoffnung, große  
100 Wohnungskonzerne auf freiwilliger Basis per Mietenbündnis zu sozialer Mietenpolitik zu bewe-  
101 gen, ist krachend gescheitert. Schwarz-Rot hat den unter Rot-Grün-Rot eingeführten Mietenstopp  
102 bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften aufgehoben, so dass diese nun die Miete bis  
103 zu 11% in zwei Jahren erhöhen dürfen: für viele Haushalte mit geringem Einkommen eine Kata-  
104 strophe, von den drohenden eklatanten Heiz- und Stromkostensteigerungen ganz zu schweigen.  
105 Soziale Mietenpolitik: Fehlanzeige.

106 Wir unterstützen den anstehenden Gesetzesvolksentscheid von „Deutsche Wohnen und Co. Ent-  
107 eignen“ und werden ihn gemeinsam mit den Berliner\*innen zum Erfolg führen. Wir verteidigen  
108 das Tempelhofer Feld für alle gegen Verwertung und Luxusbebauung für wenige. Wir bekämpfen  
109 entschieden jegliche Privatisierungspläne durch Schwarz-Rot, etwa beim Schulbau oder beim  
110 Hochschulbau.

111

112 ***Sinnvoll investieren statt sozialem Kahlschlag***

113 Der schwarz-rote Senat kann offensichtlich nicht mit Geld umgehen. Er hat nämlich die von der  
114 LINKEN im R2G-Senat erkämpften und über Jahre aufgebauten finanziellen Rücklagen binnen ei-  
115 nes Jahres verschleudert. Wieder einmal steht die Stadt mit CDU und SPD vor dem sozialen Kahl-  
116 schlag. Allein im kommenden Jahr sollen mindestens 4 Milliarden Euro eingespart werden. Ob-  
117 wohl tausende Stellen in der Berliner Verwaltung aktuell unbesetzt sind und viele Mitarbeiter\*in-  
118 nen jetzt in Rente gehen, droht ein Einstellungsstopp. Haushaltssperren werden Land und Bezirke  
119 weitgehend lähmen und die Verwaltungskrise drastisch verschärfen.

120 Während der Senat für die Olympischen Spiele 2036 über 16 Mrd. EUR verbrennen will, kürzt er  
121 zugleich das kostenfreie Schulessen für Grundschüler\*innen, die kostenfreie Kita und Hort, bei  
122 Hilfen zur Erziehung, in der Pflege, bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung  
123 und spart beim Schulbau, bei der BVG und bei sozialen Beratungsangeboten. Ein soziales Desaster  
124 mit Ansage.

125 Für ideologische Prestigeprojekte des Senats wie den Zaun um den Görlitzer Park (1,2 Mio. EUR)  
126 oder die Pseudo-Bürgerbeteiligung zur Bebauung des Tempelhofer Feldes (3 Mio. EUR) ist jedoch  
127 weiterhin genügend Geld da - die Beratung für Suchtkranke und wohnungslose Menschen wird  
128 hingegen gnadenlos weggekürzt und die Verelendung dieser Mitmenschen in Kauf genommen.

129 Die Liste ließe sich ewig fortsetzen: Radwege werden weggespart und stattdessen über hunderte  
130 Millionen für eine Magnetschwebbahn fabuliert, öffentliche Parks werden nicht gepflegt und  
131 stattdessen 100 Millionen Euro im Touriprojekt Spreepark versenkt, für hunderte Millionen wird  
132 das Jahnstadion abgerissen und neu gebaut statt es für weniger Geld und deutlich schneller zum  
133 dringend benötigten Inklusionsstadion umzubauen. Das Muster ist immer gleich: Gigantische Pro-  
134 jekte werden nach vorne geschoben und damit viel Geld verbrannt, während bei den kleinen Maß-  
135 nahmen, die viel bewirken und wirklich einen Unterschied im Alltag machen, gekürzt wird. CDU  
136 und SPD haben nichts anzubieten als die Stadt den mächtigen Lobbys der Reichen zum Fraß vor-  
137 zuwerfen und betreiben dafür Klassenkampf von oben.

138 Für uns als Linke ist klar: Wir werden uns dem drohenden sozialen Kahlschlag mit aller Macht  
139 entgegen stellen! Statt Berlin kaputt zu kürzen schlagen wir Zukunftsinvestitionen für Bildung,  
140 unsere soziale- und Verkehrsinfrastruktur sowie soziales Wohnen und warmmietenneutrale Ge-  
141 bäudeenergieeffizienz vor. Um das zu finanzieren wollen wir die Einnahmen des Landes verbes-  
142 sern. Innerhalb des ersten Jahres des CDU/SPD-Senats sind die echten Steuerrückstände auf ein  
143 Rekordhoch von 905 Millionen Euro angestiegen. Um diese reinzuholen sowie die Prüfquoten bei  
144 Reichen und Unternehmen zu erhöhen und Steuerhinterziehung besser zu bekämpfen, wollen wir  
145 die Finanzämter besser ausstatten. Darüber hinaus wollen wir die Grunderwerbssteuer und die  
146 Zweitwohnungssteuer anheben. Durch gezielt eingesetzte Transaktionskredite und die Nutzung  
147 unserer öffentlichen Unternehmen zur Hebelung von Investitionen sind viele Investitionen trotz  
148 der Schuldenbremse realisierbar. Die absehbar notwendigen Flüchtlingskosten müssen über Not-  
149 lagekredite finanziert werden. Auf Bundesebene erwarten wir, dass der Regierende Ankündi-  
150 gungsmeister Kai Wegner sich für eine Abschaffung oder Reform der Schuldenbremse einsetzt.

151

152 **Die Linke Berlin – dort sein, wo wir gebraucht werden**

153 Wir wissen, dass die Herausforderungen in unserer Stadt nicht an den Grenzen der Innenstadt  
154 enden. Gerade in den Kiezen, in denen das Vertrauen in die Politik schwindet und viele Menschen  
155 gar nicht mehr zur Wahl gehen, sind wir als Linke besonders gefragt.

156 Unsere Partei befindet sich in einer tiefen Krise und wir werden diese überwinden. Das Ergebnis  
157 der Europawahl hat uns schonungslos gezeigt, wo wir stehen. Die Abspaltung des BSW war  
158 schmerzhaft, wenngleich unvermeidlich und überfällig Wagenknecht und ihr Gefolge haben sich  
159 von linker, solidarischer, klassenkämpferischer Politik verabschiedet. Wir führen die offene Aus-  
160 einandersetzung mit dieser von Millionären finanzierten One-Woman-Show und setzen ihr un-  
161 sere ganze sozialistische Mitgliederpartei entgegen. Die Linke ist die Stimme für bezahlbares  
162 Wohnen, Solidarität und Frieden in unserer Stadt und wir werden mit aller Kraft um die Herzen  
163 und Köpfe der Menschen kämpfen.

164 Wir sind als Partei dann erfolgreich, wenn wir unsere Willensbildung demokratisch organisieren  
165 und unsere dann gefassten Beschlüsse in Partei und Fraktion geschlossen nach außen vertreten.  
166 Unsere Stärke war es immer, dass wir als Linke nicht erst im Wahlkampf auftauchen, sondern  
167 Partei für den Alltag sind. Denn wir betrachten die Zeit zwischen den Wahlkämpfen als die Zeit, in  
168 der wirkliche Glaubwürdigkeit und Vertrauen hergestellt werden können. In den kommenden  
169 Wochen und Monaten werden wir alles dafür tun, genau diese Glaubwürdigkeit herzustellen und  
170 verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

171 Wir sind nicht käuflich. Als einzige Partei im deutschen Bundestag nehmen wir keine Unterneh-  
172 mensspenden an oder lassen uns gar durch Großkonzerne oder dubiose Einzelpersonen den  
173 Wahlkampf finanzieren. Und unsere Mitglieder und Mandatsträger\*innen sind nicht nur Politi-  
174 ker\*innen, sie sind Verbündete im Alltag. In unseren Partei- und Abgeordnetenbüros bieten wir  
175 Rechtsberatungen und Sozialsprechstunden an und leisten konkrete Hilfe. Wir setzen uns prak-  
176 tisch und direkt ein, ob bei Mieterhöhungen, Eigenbedarfskündigungen oder sozialen Notlagen.  
177 Um noch mehr Menschen zu erreichen, wollen wir diese Hilfsstrukturen dort weiter ausbauen,  
178 wo der Bedarf am größten ist. Dafür werden wir u.a. eine landesweite „Die Linke hilft-Vernetzung“  
179 aufbauen. Wir wollen außerdem, dass unsere Mandatsträger\*innen - neben Beratungen und Ver-  
180 mittlung von Hilfsangeboten - in dringenden Notlagen auch mal mit einem kleinen finanziellen  
181 Beitrag den Menschen direkt unter die Arme greifen.

182 Als der schwarz-rote Senat im vergangenen Jahr die Mieten für 180.000 landeseigene Wohnungen  
183 erhöhte, waren wir im direkten Austausch mit den Betroffenen und haben in den Siedlungen Ver-  
184 sammlungen organisiert. Als im vergangenen Winter zehntausende Mieter\*innen horrende Heiz-  
185 kostennachzahlungen erhielten, haben wir als Linke mit unserem Heizkostenfonds ein Konzept  
186 für eine schnelle und unbürokratische Hilfe vorgelegt. Wir legen uns mit den großen Wohnungs-  
187 konzernen an und organisieren Rechtsberatung für Mieter\*innen, damit überhöhte Heizkosten-  
188 abrechnungen korrigiert werden wie Staaken, Baumschulenweg, Mariendorf oder Lichterfelde  
189 bereits gelungen. Die Frage „Wem gehört die Stadt?“ ist unsere Kernfrage. Wir machen Wohnen,  
190 Mieten, Stadtentwicklung zu unserer Priorität – im Bezirk und im Land, in den Bezirksverordne-  
191 tenversammlungen und im Abgeordnetenhaus, in den Basisorganisationen, Bezirksvorständen  
192 sowie im Landesvorstand. Wir erarbeiten ein Umsetzungskonzept mit konkreten Instrumenten

193 und Handlungsmöglichkeiten, um Wohnen und Räume in der Stadt zu verteidigen und zu schüt-  
194 zen, uns zu vernetzen und an Wirkmächtigkeit zu gewinnen.

195 Wir reden nicht nur von Veränderungen, wir setzen sie um. In den Kiezen, aus denen sich andere  
196 längst zurückgezogen haben, bauen wir Vertrauen auf, indem wir direkt vor Ort präsent sind und  
197 langfristige Strukturen schaffen, die den Menschen tatsächlich helfen. Besonders in den Groß-  
198 wohnsiedlungen, in denen sich die Probleme stapeln, für die sich längst niemand mehr interes-  
199 siert – dort sind wir präsent. Dabei geht es uns nicht nur um kurzfristige Hilfe, sondern um Selbs-  
200 termächtigung - sei es bei Mietrechtsproblemen, fehlenden Kita-Plätzen oder anderen drängen-  
201 den Alltagsorgen.

202

### 203 **Erfolgreich in die kommende Zeit**

204 Wir wollen in Berlin ein starkes linkes Ergebnis zur Bundestagswahl erreichen. Dafür stellen wir  
205 jetzt die Weichen: wir werden in den Wahlkreisen unsere Kandidat\*innen aufstellen und Anfang  
206 2025 – diesmal besonders früh – unsere Landesliste wählen. In den Bezirken werden wir Schwer-  
207 punkte identifizieren und dort hingehen, wo wir am meisten gebraucht werden.

208 Wir sind bereits mitten in den Vorbereitungen für einen erfolgreichen Wahlkampf zum Abgeord-  
209 netenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen 2026. Wir wollen gestärkt ins Parlament  
210 einziehen und unseren Einfluss in der Bezirkspolitik ausbauen und unsere Erfahrungen aus der  
211 Arbeit vor Ort mit empirischen Daten und Erhebungen zusammenführen. Wir werden die strate-  
212 gischen Vorarbeiten für eine erfolgreiche Wahlkampagne fortsetzen, alte und neue Hochburgen  
213 stärken. Unser Ziel ist dabei eine Kommunikation, die die Menschen inhaltlich nicht nur über-  
214 zeugt, sondern auch im Herzen erreicht. Wir wollen keine Ängste schüren, wo keine sind, aber wir  
215 werden Probleme beim Namen nennen. Nicht wir als Partei sind dabei im Fokus, sondern die Men-  
216 schen dieser Stadt. Die kommenden Wahlen werden von entscheidender Bedeutung sein, ob sich  
217 der Ausverkauf dieser Stadt fortsetzt, der Rechtsruck weitergeht oder die Politik endlich den Mut  
218 aufbringt, sich im Interesse der Menschen auch mit Investoren und Konzernen anzulegen.

219 Zusammen mit unseren Vorarbeiten für die Berliner Wahlen 2026 werden wir unsere Öffentlich-  
220 keitsarbeit weiterentwickeln. Dabei entwickeln eine wirksame Kommunikationsstrategie, die un-  
221 sere Schwerpunkte, unsere Vorschläge und unsere praktische Wirksamkeit in den Vordergrund  
222 stellt. Die vielfältigen Themen und Aktionen, die wir als Berliner Linke vereinen, werden wir unter  
223 ein gemeinsames Dach stellen. Unsere politischen Vorschläge orientieren sich dabei immer am  
224 Konflikt zwischen Oben und Unten, an der Frage, wem in dieser Stadt eigentlich was gehört und  
225 aus welchem Grund. Gemeinsam gegen den Ausverkauf unserer Stadt und gegen einen sozialen  
226 Kahlschlag. Damit Berlin unabhängig vom Geldbeutel für alle funktioniert.

227 Für die kommenden Herausforderungen brauchen wir unsere ganze Kraft. Unser Landesverband  
228 konnte in den letzten zwölf Monaten weit über 1.000 neue Mitglieder begrüßen, angesichts der  
229 allgemeinen Lage unserer Partei eine großartige Nachricht. Gemeinsam mit allen alten und neuen  
230 Mitgliedern organisieren wir Nachbarschaften, planen Feste und Aktionen und legen so die Basis  
231 für die kommenden Erfolge. Alle, die wollen und können, sollen sich in die Politik vor Ort, bei

232 Steckaktionen und Infoständen, bei Haustürgesprächen, in politische Diskussionen in Basisorga-  
233 nisation oder Ortsverband und natürlich auch eine gemeinsame gute Zeit beim Grillen oder ge-  
234 meinsamen Aktivitäten einbringen können. Wir wollen mit den Bezirksverbänden in die Diskus-  
235 sion gehen, wie wir uns noch besser gegenseitig über Grenzen von Bezirks- oder Landesverband  
236 unterstützen können. Unsere Stärke als Linke ist es, vor Ort sichtbar zu sein und Partei für den  
237 Alltag zu sein, nicht nur für den Wahltag.

238

239 Begründung:

240 Erfolgt mündlich.